# Die größten Aufgaben kommen erst

## Deutsche Klimabilanz ist gut

*Deutschland wird seinen Teil des Kyoto-Protokolls voraussichtlich erfüllen. Doch die größten Herausforderungen liegen in der Zukunft. Von Montag an wird auf einer UN-Klimatagung in Posen über ein Nachfolgeabkommen für den Vertrag von Kyoto verhandelt, der 2012 ausläuft.*

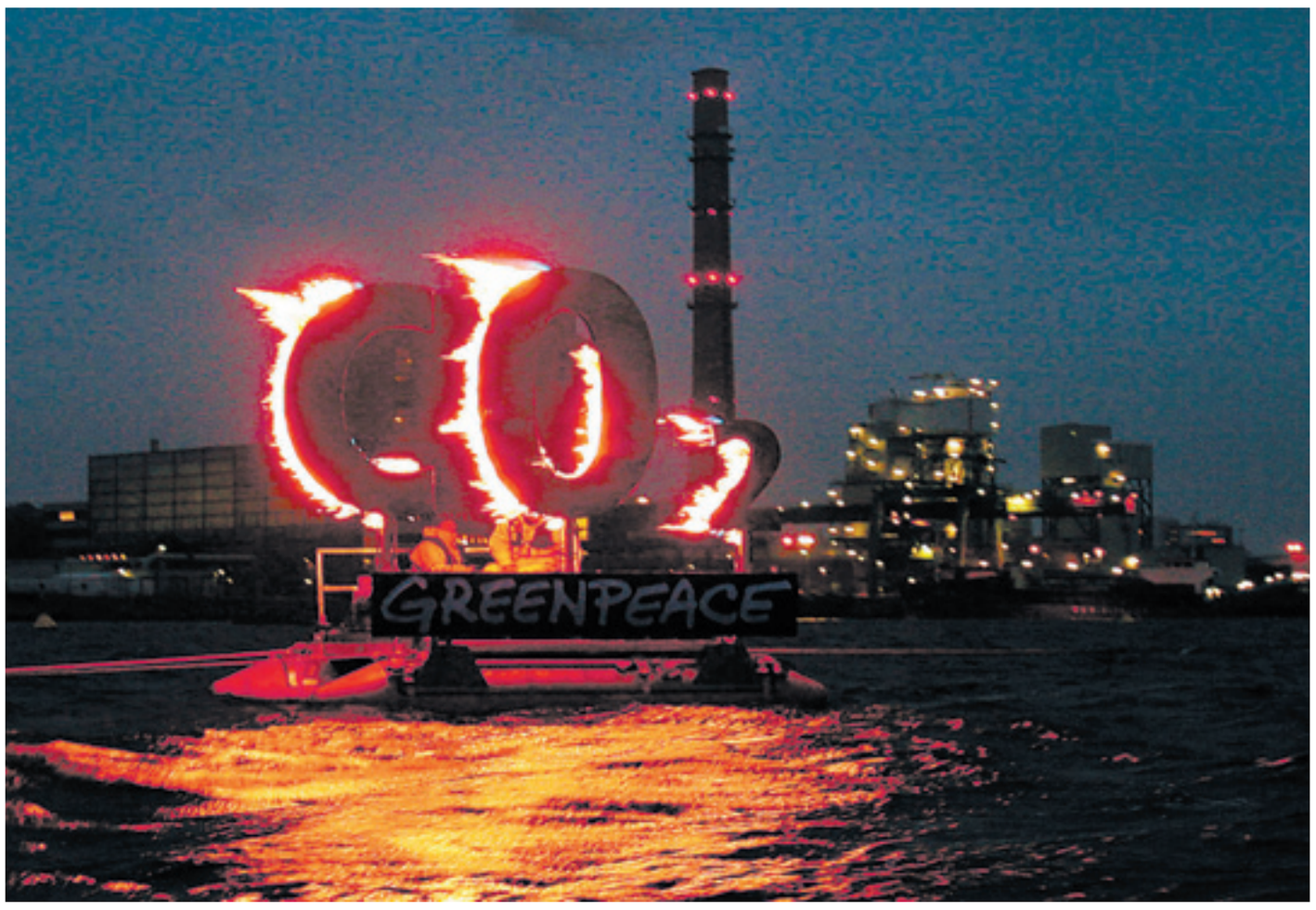
*Von Alexander Mäder*

Wer den $CO_2$-Ausstoß eines Landes ermitteln will, braucht detaillierte Statistiken zum Energieverbrauch. Denn die Treibhausgase verteilen sich so schnell in der Atmosphäre, dass bei einer Luftanalyse nicht zu erkennen ist, woher die klimaschädigenden Gase stammen. Doch diese Statistiken können verzerrt sein. So haben vermutlich viele Haushalte Ende 2006 vor der Erhöhung der Mehrwertsteuer schnell noch Heizöl gekauft, so dass für dieses Jahr ein erhöhter $CO_2$-Ausstoß berechnet worden war, obwohl das Öl größtenteils erst 2007 verfeuert worden ist.

Zudem ließ sich bis vor kurzem nicht feststellen, ob die Emissionen eines Flugzeugs Deutschland oder dem internationalen Luftverkehr zuzurechnen sind. Erst ein Vertrag mit der europäischen Flugsicherung Eurocontrol ermöglichte dem Umweltbundesamt im vergangenen Jahr Zugang zu den benötigten Daten. Nun lässt sich belegen: „Wir haben den nationalen Luftverkehr früher bewusst überbewertet“, sagt Michael Strogies, der die jährliche Berechnung des deutschen „Treibhausgasinventars“ leitet.

Im Bundesumweltministerium ist man über die Nachricht erfreut, dass Deutschland nun sein Ziel erreicht, den Ausstoß von Treibhausgasen um 21 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken. „Die Zahlen belegen den Erfolg der deutschen Klimapolitik“, sagt der Minister Sigmar Gabriel (SPD). Doch er schränkt auch ein, dass die Werte für das Jahr 2008 vermutlich wieder steigen werden und dass das Kyoto-Protokoll „nur ein erster kleiner Schritt“ sei.

Für den Ökonomen Ottmar Edenhofer vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung ist die Nachricht vom Erreichen des Kyoto-Ziels ebenfalls eine gute Nachricht.




*Kohlekraftwerke sind $CO_2$-Schleudern – Aktivisten von Greenpeace demonstrieren vor einer Anlage an der Kieler Förde.* Foto dpa

„Aber es ist kein Grund nachzulassen“, sagt er. Tatsächlich liegen die größten Herausforderungen in der Zukunft. Die Bundesregierung hat im vergangenen Sommer auf einer Klausurtagung in Meseberg beschlossen, die Emissionen der Treibhausgase um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken.

Gemessen an den Fortschritten der vergangenen Jahre darf eine solche Verringerung als ehrgeizig gelten. Denn ein großer Teil der bisherigen Reduktion ist in den Jahren nach der Wiedervereinigung erreicht worden, als veraltete Industrieanlagen in Ostdeutschland saniert oder stillgelegt wurden. Zwischen 1990 und 1995 sank zum Beispiel der $CO_2$-Ausstoß um 10,8 Prozent, in den Jahren 1995 bis 2006 jedoch nur um weitere 4,4 Prozent. Andere Treibhausgase wie Methan wurden hingegen gleichmäßig weniger.

Die Reduktionsziele der kommenden Jahre sind auch Thema einer UN-Klimakonferenz, die am Montag im polnischen Posen beginnt. Dort wird zwar höchstens ein Entwurf eines Nachfolgeabkommens für das Kyoto-Protokoll verabschiedet; unterschrieben werden soll der Vertrag erst in einem Jahr auf einer weiteren Tagung in Kopenhagen. Ottmar Edenhofer hofft, dass kommende Woche in Posen „zumindest keine Türen zugeschlagen werden“. Aus seiner Sicht ist die Finanzkrise kein Argument, das beim Klimaschutz eine Rolle spielen dürfe. „Unsere Wettbewerbsfähigkeit hängt nicht am Strompreis, das ist nur in wenigen Branchen wie der Stahlindustrie so“, argumentiert der Wirtschaftswissenschaftler. „Würde man den Klimaschutz nun aussetzen, hätte das keine Auswirkungen auf die Konjunktur.“

Das wichtigste Element zum Klimaschutz wird ein weltweites Handelssystem mit Emissionsrechten sein. In Kopenhagen soll eine Obergrenze für den Ausstoß von Treibhausgasen festgelegt und jedem Land nach einem bestimmten Schlüssel ein Teil der Emissionsrechte zugeteilt werden. Wenn ein Staat seine Reduktionsziele übererfüllt, kann er seine ungenutzten Rechte an andere verkaufen. „Nur wenn $CO_2$ etwas kostet, wird genügend in die erneuerbaren Energien investiert“, sagt Edenhofer.

Die EU verfügt bereits über ein Handelssystem, das in den kommenden Jahren ausgebaut werden soll. Der Plan, den Ausbau noch vor der UN-Klimakonferenz zu beschließen, ist nicht aufgegangen. Nun soll es ein EU-Gipfel parallel zum Finale der Konferenz richten. Gestritten wird vor allem über die Frage, ob die Stromkonzerne ihre Emissionsrechte ersteigern müssen oder kostenlos zugeteilt bekommen. So bleibt für die UN-Tagung in Posen nur das Signal des Umweltbundesamts, dass es möglich ist, selbst gesteckte Klimaschutzziele auch zu erreichen.

## Verspätung soll Bahn mehr kosten

BERLIN (dpa). Der Bundesrat will Fahrgäste bei Zugverspätung deutlich großzügiger entschädigen, als es die Bundesregierung plant. Schon nach 30 Minuten Verspätung soll die Erstattung von 25 Prozent des Fahrpreises fällig werden und nicht erst nach einer Stunde, forderte die Länderkammer am Freitag. Schon nach 60 Minuten soll die Hälfte des Fahrpreises erstattet werden – nicht erst nach zwei Stunden. Der gesetzliche Erstattungsanspruch müsse außerdem auch auf den Nahverkehr der Bahn und den übrigen öffentlichen Verkehr wie Bus- und Schiffsfahrten ausgedehnt werden, heißt es in einem langen Katalog von Forderungen an den Bund. Die Bundesregierung wies dies zurück.

Jetzt ist der Bundestag am Zuge, bevor sich der Bundesrat noch einmal mit dem Thema befasst. Die Bundesregierung hatte ihren Gesetzentwurf am 1. Oktober im Kabinett beschlossen. Nach Einschätzung des Justizministeriums werden 10 Millionen Bahnreisende vom Gesetz der Bundesregierung profitieren. Die Regelungen, die eine Verordnung der EU umsetzen, sollen möglichst vor der Hauptreisesaison 2009 in Kraft treten.

Bisher sind die Fahrgäste auf die Kulanz der Bahn angewiesen, die freiwillig nur 20 Prozent des Preises in Gutscheinen verrechnet. Der Staatssekretär im Bundesjustizministerium Alfred Hartenbach (SPD) erklärte, es wäre den Verbrauchern nicht zu vermitteln, wenn zu viele „Wohltaten“ für die Fahrgäste bei Verspätungen zur allgemeinen Verteuerung der Tickets führen würden.

## Bund gibt im Jahr 2009 290 Milliarden aus

BERLIN (AP). Der Bundeshaushalt 2009 ist unter Dach und Fach. Der Bundestag beschloss am Freitag, die Ausgaben trotz Rezession und Finanzkrise auf 290 Milliarden Euro zu erhöhen. Das sind fast sieben Milliarden Euro mehr als im Etat 2008. Auch die Neuverschuldung steigt deutlich auf 18,5 Milliarden Euro. Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) und Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) wiesen Forderungen zurück, zur Kaufkraftstärkung schnell Steuern zu senken. FDP und Grüne rügten, die Wachstumsprognose der Regierung sei unhaltbar. Steinbrück mahnte am Ende der viertägigen Beratungen im Parlament, im Kampf gegen die Konjunkturkrise dürfe es keinen „Überbietungswettbewerb“ mit immer neuen Vorschlägen für weitere Milliardenprogramme auf Pump geben.

## Fluggastdaten vorerst nicht gespeichert

BRÜSSEL (dpa). Die umstrittene Sammlung von Fluggastdaten für Fahndungszwecke hat in Deutschland vorerst keine Chance. Bis zur Bundestagswahl im September 2009 werde die Regierung das Thema ruhen lassen, erklärte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) in Brüssel. Der Plan des französischen EU-Ratsvorsitzes werfe „erhebliche Probleme“ auf, sagte sie am Rande eines Treffens mit ihren EU-Amtskollegen. „Für einen Zeitraum von 13 Jahren soll ja eine Vielzahl von Datensätzen gespeichert werden“, erläuterte Zypries. So würde dem französischen Vorstoß zufolge beispielsweise erfasst, wer ein minderjähriges Kind am Flughafen abholt oder welchen Vornamen der Verkäufer eines Flugtickets im Reisebüro trage.

## BND-Agenten wieder auf freiem Fuß

PRISTINA (dpa). Die drei Agenten des Bundesnachrichtendienstes (BND), denen ein Bombenanschlag auf das EU-Hauptquartier im Kosovo zur Last gelegt wurde, sind aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Das bestätigten der Justizchef der UN-Kosovo-Verwaltung, Robert Dean, sowie die Verteidiger der Beschuldigten am Freitag in Pristina. Zuvor hatten Laboruntersuchungen keine Beweise für eine Beteiligung der drei Männer im Alter zwischen 41 und 47 Jahren ergeben. Sie sollen heute mit einem Sonderflugzeug nach Deutschland gebracht werden. Die Freilassung hatte sich am Freitag verzögert. Richter des Kreisgerichts Pristina berieten darüber stundenlang.

# Ostrentner stehen besser da als gedacht

## Die Ansprüche in den neuen Ländern werden von Gesetzes wegen höher bewertet

*Im Osten findet die Forderung Beifall, die Renten dem Westniveau anzugleichen. Dabei wird übersehen, dass die Menschen in Ostdeutschland andere Vorteile haben.*

*Von Roland Pichler, Würzburg*

Bei Veranstaltungen der Rentenversicherung im Osten sind zurzeit die Säle voll. Im Mittelpunkt steht ein Thema: Wann wird das Rentenrecht in Ost und West angeglichen? Während die Debatte in den alten Ländern bisher nur in Fachkreisen geführt wird, scheinen die Parteien im Osten ein Thema für die Bundestagswahl 2009 gefunden zu haben. Die Linkspartei erntet viel Zuspruch, weil sie fordert, das Rentenrecht für Ostdeutsche den westdeutschen Regeln anzupassen. Die Ministerpräsidenten in den neuen Ländern betrachten die Debatte mit Nervosität.

Herbert Rische, Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund, plädiert dafür, die Diskussion zu versachlichen. Der verbreitete Eindruck, dass ostdeutsche Rentner benachteiligt würden, sei falsch. Viele Bürger wüssten nicht, dass die im Osten erworbenen Rentenansprüche per Gesetz aufgewertet würden. Nachdem die Ministerpräsidenten der neuen Länder ebenfalls eine rasche Angleichung des Rentenrechts verlangt haben, sind sie jetzt stiller geworden. Sie wurden von den Fachleuten darauf hingewiesen, dass es für Ostrenten die Höherbewertung gibt.

Weil die Einkommen ostdeutscher Arbeitnehmer deutlich unter dem Westniveau liegen, hat der Gesetzgeber 1992 eine Regelung eingeführt, mit der Gehälter rechnerisch auf den Durchschnittsverdienst im Westen angehoben werden. Damit soll die Kluft bei den Verdiensten in Ost und West ausgeglichen werden. Im Jahr 2008 beträgt diese Hochstufung der Rentenansprüche rund 18 Prozent. Die Regelung bedeutet einen finanziellen Vorteil für die Ostdeutschen – doch die wissen von diesem Bonus oft nichts. Dort herrscht der Eindruck vor, als werde Ostdeutschland benachteiligt. Die Linkspartei spricht sich für eine rasche Angleichung der Renten aus – die gegenwärtigen Vorteile will die Linke zudem beibehalten.

Es gibt nach wie vor eine West-Ost-Subventionierung.

*Herbert Rische, Präsident der Deutschen Rentenversicherung*

Wie das Recht wirkt, zeigt ein Beispiel der Rentenversicherung. Sie verglich zwei Arbeitnehmer aus Frankfurt/Main und Frankfurt/Oder, die im Jahr 2007 jeweils ein Monatseinkommen von 2500 Euro bezogen. Der Ost-Arbeitnehmer kommt etwas besser weg: Er erhält für das vergangene Jahr eine Rentengutschrift von 27,30 Euro. Dem Beschäftigten im Westen werden 26,73 Euro angerechnet. Die Unterschiede sind nicht hoch, wirken sich langfristig aber aus.

Die Rentenanwartschaften der gesamten Beitragszeit ergeben schließlich die spätere Rente. Von den gefühlten Nachteilen im Osten könne daher keine Rede sein, sagte Rische vor Journalisten in Würzburg. Die Tatsache, dass die Gehälter im Osten niedriger liegen, wird vielmehr bei den Rentenberechnungen von den Beitragszahlern im Westen ausgeglichen. Es findet eine Quersubventionierung statt. Wie hoch sie ist, vermag die Rentenversicherung nicht zu sagen.

Betrachtet man alle Leistungen der Rentenversicherung, dürfte der West-Ost-Transfer bei zehn bis 15 Milliarden Euro jährlich liegen, schätzt Rische. Er regt an, dass der Gesetzgeber darüber nachdenkt, ob die unterschiedliche Behandlung auf Dauer sinnvoll sei. Schließlich gebe es auch im Westen Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit hoch ist und der Durchschnittsverdienst niedrig. Anstatt über das Rentenrecht solle der Staat die regionalen Einkommensgefälle über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ausgleichen, schlägt die Rentenversicherung vor.

Es gibt eine Gruppe, die vom heutigen Recht besonders profitiert: Gutverdiener, die mit ihrem Gehalt an der Beitragsbemessungsgrenze liegen und im Osten arbeiten, kommen mit der Höherbewertung besonders gut weg: Sie müssen wegen der geringeren Bemessungsgrenze im Osten weniger Beiträge zahlen und erhalten eine Hochstufung. Andererseits lässt sich auch eine Gruppe im Osten ausmachen, die schlechter abschneidet. Die Erziehung eines Kindes wird im Westen bei der Rente höher bewertet. Es gibt für die Kindererziehung in den ersten drei Jahren in Ost und West jeweils eine Gutschrift bei der Rente: Im Osten beträgt sie rund 23 Euro für ein Erziehungsjahr und im Westen 26 Euro.

## BKA-Gesetz scheitert im Bundesrat

BERLIN (dpa). Das umstrittene BKA-Gesetz ist im Bundesrat vorerst gescheitert, nun soll ein Vermittlungsverfahren bis Weihnachten eine Lösung bringen. Um die vom Bundestag bereits beschlossenen neuen Kompetenzen für das Bundeskriminalamt (BKA) zur Terrorbekämpfung doch noch durchzubringen, wird die Bundesregierung den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat anrufen. Die Oppositionsparteien begrüßten das Scheitern des Gesetzes. Verbände von Verlegern, Journalisten, Anwälten und Ärzten hatten massiv gegen das Gesetz protestiert, das das Vertrauensverhältnis zu Informanten, Mandanten und Patienten untergrabe.

## Hartz IV schließt Privatschule nicht aus

SPEYER (AP). Eine Hartz-IV-Empfängerin aus Rheinland-Pfalz darf ihre Söhne auf Privatschulen schicken, ohne dass ihr die staatlichen Leistungen gekürzt werden. Dies entschied das Sozialgericht Speyer in einem am Freitag veröffentlichten Urteil. Danach darf das im konkreten Fall vom Exmann gezahlte Schulgeld beim Bezug von Hartz-IV-Leistungen unter bestimmten Bedingungen nicht als Einkommen angerechnet werden. Die alleinerziehende Mutter hatte ihre beiden Söhne nach Angaben des Gerichts ab Sommer 2007 auf eine private Handelsschule beziehungsweise eine private Berufsakademie geschickt. Nachdem die Arbeitsverwaltung davon Kenntnis erhielt, kürzte sie die monatliche Leistungen auf nur noch 3,79 Euro. Gegen diese Entscheidung zog die Frau vor Gericht und hatte Erfolg. Im Prozess konnte die Frau nachweisen, dass nicht sie selbst, sondern ihr geschiedener Mann das Schulgeld in Form einer freiwilligen Leistung bezahlt.

Nach Angaben des Gerichts gehen die Zahlungen direkt an die von den Söhnen besuchten Privatschulen. Die Klägerin könne über die Zahlungen ihres Exmannes weder verfügen, noch darauf zugreifen. Da das Geld für den Lebensunterhalt nicht zur Verfügung stehe, dürfe das Schulgeld auch nicht als Einkommen angerechnet werden.

## RAF-Gefangenenakten verschwunden

HANNOVER (dpa). Aus der Gefangenenakte des ehemaligen RAF-Terroristen Karl-Heinz Dellwo sind Dutzende Seiten spurlos verschwunden. Die Staatsanwaltschaft ermittle derzeit, welche Teile der Akte fehlten, teilte das niedersächsische Justizministerium mit. Es soll mehrere Durchsuchungen im Celler Hochsicherheitsgefängnis gegeben haben. Die Anstaltsleitung hatte bereits im September nach dem Hinweis eines Häftlings Strafanzeige erstattet. Dellwo, der 1975 mit Komplizen einen Anschlag auf die deutsche Botschaft in Stockholm verübt hatte, war bis zu seiner Freilassung 1995 in Celle inhaftiert.

SPD und Grüne forderten von der Landesregierung in Hannover eine umfassende Aufklärung der mysteriösen Vorgänge. Dellwos 20-bändige Akte wird in den Archivräumen der Haftanstalt aufbewahrt, zu der nur die Bediensteten Zutritt haben.

IMPRESSUM

STUTTGARTER ZEITUNG

Stuttgarter Zeitung
Verlagsgesellschaft mbH
Plieninger Straße 150, 70567 Stuttgart
Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart

Redaktion:

Chefredakteur: Joachim Dorfs
Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Joachim Worthmann
Chefs v. Dienst: Heinz W. Ruess, Michael Maurer

Redaktionelle Koordination: Martin Gerstner, Dr. Stefan Kister, Hilke Lorenz, Matthias Schmidt

Ressortleiter:
Innenpolitik/Politische Nachrichten: Dr. Joachim Worthmann; Außenpolitik: Adrian Zielcke; Dritte Seite: Heinz Beekmans; Südwestdeutsche Zeitung: Thomas Breining; Wirtschaft: Michael Heller; Stadt und Region Stuttgart: Achim Wörner, Thomas Durchdenwald; Kultur: Tim Schleider; Sport: Peter Stolterfoht; Wissenschaft: Dr. Alexander Mäder
Berliner Redaktion: Armin Käfer (Ltg.)

Leitende Redakteure:
Thomas Borgmann (Kommunalpolitik), Josef-Otto Freudenreich (Chefreporter), Holger Gayer (Region), Dr. Stefan Geiger (Politischer Korrespondent), Michael Ohnewald (Reportagen Region), Reiner Ruf (Landespolitik), Dirk Steininger (Art Director), Sibylle Thelen (Wochenendbeilage)

Korrespondenten Baden-Württemberg:
Bodensee: Wolfgang Messner; Freiburg: Ute Köhler; Heidelberg: Johanna Eberhardt; Heilbronn: Wieland Schmid; Karlsruhe: Meinrad Heck; Tübingen: Michael Petersen; Ulm: Rüdiger Bäßler

Korrespondenten Inland:
Berlin: Katja Bauer, Bärbel Krauß, Thomas Maron, Roland Pichler, Thomas Wüpper; Bonn: Dr. Wolfgang Koch; Düsseldorf: Jürgen Zurheide; Frankfurt: Heinrich Halbig, Klaus Dieter Oehler; Leipzig: Harald Lachmann; München: Thomas Magenheim-Hörmann, Mirko Weber; Saarbrücken: Volker Hildisch.

Korrespondenten Ausland:
Athen: Gerd Höhler; Belgrad: Thomas Roser; Brüssel: Thomas Gack; Den Haag: Helmut Hetzel; Jakarta: Moritz Kleine-Brockhoff; Johannesburg: Johannes Dieterich; Kairo: Martin Gehlen; Kopenhagen: Dr. Johannes Gamillscheg; London: Peter Nonnenmacher; Madrid: Martin Dahms; Moskau: Elke Windisch; Paris: Stefan Brändle, Dr. Axel Veiel; Peking: Bernhard Bartsch; Rio de Janeiro: Wolfgang Kunath; Rom: Paul Kreiner; Tel Aviv: Inge Günther; Warschau: Dr. Knut Krohn; Washington: Andreas Geldner; Wien: Markus Huber

Anzeigen und Sonderthemen:
Stuttgarter Zeitung
Werbevermarktung GmbH
Plieninger Straße 150, 70567 Stuttgart
Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart
Anzeigenleitung: Bernhard H. Reese, Anita Benesch (stv.)
Sonderthemen: Heinz Heinemann (Redaktion), Werner Swoboda (Anzeigen)
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35 v. 1. 1. 2008.

Druck:
Pressehaus Stuttgart Druck GmbH
Plieninger Straße 150, 70567 Stuttgart
Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart
Wir verwenden Recycling-Papier und sind nach DIN EN ISO 9001:2000 und DIN EN ISO 14001:2005 zertifiziert.

Vertrieb:
ZVS Zeitungsvertrieb Stuttgart GmbH
Plieninger Straße 150, 70567 Stuttgart
Postfach 10 55 62, 70048 Stuttgart
Monatlicher Bezugspreis frei Haus durch Zusteller oder bei Postzustellung € 24,50 (einschließlich 7 % MwSt.). Portokosten für Reisenachsendungen täglich: Inland € 0,70, Ausland € 1,55. Abbestellungen sind bis zum 5. eines Monats auf Monatsende schriftlich an den Vertrieb zu richten. Bei einer zusammenhängenden Bezugsunterbrechung von drei Wochen wird der anteilige Bezugspreis zurückerstattet. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt, Streik oder Aussperrung besteht kein Anspruch auf Entschädigung.
Jeder Freitagausgabe – bei Feiertagen abweichend – liegt das Fernsehmagazin „rtv“ bei. Sonntags wird Abonnenten im Hauptverbreitungsgebiet die 7. Ausgabe „Sonntag Aktuell“ zugestellt. Bei Postbeziehern liegt „Sonntag Aktuell“ der Montagausgabe bei.

Telefon:
Zentrale und Redaktion .....07 11 / 72 05 - 0
Anzeigen ..... .....0 18 03 / 07 07 07*
Leserservice ..... 0 18 01 / 66 55 66*
Reisenachsendung ..... 0 18 01 / 66 55 66*
Probe-Abonnement .....0 80 00 / 14 14 14

Fax:
Redaktion .....07 11 / 72 05 - 12 34
Anzeigen ..... ...0 18 03 / 08 08 08*
Leserservice .....07 11 / 72 05 - 86 65
*(0 18 01: 0,039 €/Min. 0 18 03: 0,09 €/Min.)

E-Mail:
Redaktion .....redaktion@stz.zgs.de
Anzeigen .....anzeigen@stzw.zgs.de
Leserservice .....vertrieb@stz.zgs.de

Online:
www.stuttgarter-zeitung.de
www.stuttgarter-zeitung.de/digitalabo
www.stuttgarter-zeitung.de/anzeigenbuchen
Die Stuttgarter Zeitung ist amtliches Publikationsorgan der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse.